

## **Erklärung der CDU-Fraktion zur Verw.vorlage Nr. 083/2011**

Vor etwas mehr als drei Monaten haben wir erstmals den Haushalt 2011 beraten und die CDU hat seinerzeit dem Haushaltsentwurf ausführlich sachlich begründet ihre Zustimmung versagt. In der heutigen Sitzung liegt nunmehr eine durch Mehreinnahmen und Verschiebungen verbesserte Haushaltssatzung für das Jahr 2011 mit einem reduzierten Defizit im Ergebnishaushalt erneut zur Beschlussfassung vor und es fragt sich, was sich in diesem Vierteljahr getan und welche Auswirkungen diese Entwicklung auf das heutige Votum hat.

Die folgenschwerste Auswirkung liegt in der Verabschiedung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2011 im Mai diesen Jahres durch die rot-grüne Landesregierung. Dieses Gesetz zementiert die einseitige Benachteiligung des ländlichen Raumes und ist die alleinige Ursache für drastische Steuererhöhungen jetzt und in der nahen Zukunft. Mit der Verabschiedung des GFG 2011 ist allerdings die erhebliche Reduzierung der bisherigen Schlüsselzuweisungen unserer Einflussnahme entzogen. Und so bleibt als augenblicklich einzige Hoffnung nur die verfassungsrechtliche Überprüfung des GFG 2011, die – was die CDU begrüßt – durch die von rund 50 Kommunen eingereichte Verfassungsbeschwerde angestrengt wird.

Und ansonsten?

In einer Einwohnerversammlung Anfang Juni ist der Bürgermeister endlich in den von uns schon lange angemahnten Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Notwendigkeit einer Haushaltskonsolidierung eingetreten. Allerdings beschränkte sich diese Versammlung inhaltlich seitens des Bürgermeisters im Wesentlichen darauf, den Bürgerinnen und Bürgern die Unausweichlichkeit einer äußerst belastenden Grundsteuererhöhung nahe zu bringen. Doch das ist nur die eine Seite der Medaille und obendrein der bequemste Weg, denn dabei wird die Ausgabenseite völlig ausgeblendet. Zur Erreichung eines strukturell ausgeglichenen Haushalts hatten jedoch die Fraktionen in ihrem gemeinsamen Antrag zum Aufstellen eines Haushaltskonsolidierungsprogramms gefordert, dass auch die Ausgabenseite deutlich nach unten korrigiert werden muss. Zudem sollte das vom Bürgermeister vorzulegende Konsolidierungspapier bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen 2011 vorgelegt werden. Auch hier fallen Wunsch und Wirklichkeit wieder einmal auseinander. Dabei sind auch wir uns völlig im Klaren darüber, dass Haushaltskonsolidierung nicht ein einmaliger Akt ist, sondern ein nachhaltiger, langwieriger und sicherlich auch manchmal schmerzhafter Prozess. Und es geht auch nicht um die vom Bürgermeister verständlicherweise abgelehnten Schnellschüsse, wohl aber um den Beginn des Überlegens, Nachdenkens, Abwägens.

Wie angenehm überrascht und erleichtert froh waren wir daher, als – kaum einen Monat im Amt – der neue Kämmerer Gottheil in der ersten Sitzung des Arbeitskreises „Gemeindefinanzen“ konkrete Denkanstöße für mögliche Konsolidierungsmaßnahmen präsentierte. Und wie groß war die Enttäuschung, als in der nachfolgenden Einwohnerversammlung diese Gedanken seitens des Bürgermeisters keine Erwähnung mehr fanden. Zwar hat der Bürgermeister inzwischen angekündigt, dass in der ersten Sitzungsfolge nach den Sommerferien Sparvorschläge themenbezogen in Entscheidungsreife vorgelegt würden. Aber wäre

es nicht verständlich, wenn man nach mancherlei Erfahrung eher auf die Fakten als auf die Ankündigungen vertrauen und darauf seine Entscheidung stützen möchte? Wenn dennoch die CDU heute mehrheitlich der vorgelegten Haushaltssatzung für das Jahr 2011 zustimmt, so geschieht dies allein in der Absicht, damit auf jeden Fall eine Unterbrechung oder Beeinträchtigung der ehrenamtlichen Tätigkeit zu verhindern. Ohne verabschiedeten Haushalt würden gerade den zahlreichen Vereinen und Verbänden die Mittel vorenthalten, die sie zur Fortsetzung ihres zu unterstützenden Engagements dringend benötigen. Daran kann uns bei allen verbleibenden Vorbehalten nicht gelegen sein.

Allerdings verbindet die CDU ihre Zustimmung auch mit der klaren Ankündigung, dass sie unverrückbar an dem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen zur Aufstellung eines Haushaltskonsolidierungsprogramms festhalten wird. Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen stehen für uns weiterhin ganz oben auf der politischen Agenda und diese Spitzenposition werden sie wohl auch noch eine ganze Weile beibehalten.

Nun zum Stellenplan:

Im April diesen Jahres hat die CDU dem vorgelegten Stellenplan nicht zugestimmt, weil weder ein der Änderung des Stellenplans angepasstes Organisationsschema vorgelegt bzw. umgesetzt war, noch ein Personalentwicklungskonzept vorliegt. Daran hat sich bis heute nichts Entscheidendes geändert. Darüber hinaus geben wir noch Folgendes zu bedenken:

1. Die personelle Neuorganisation der Gemeindeverwaltung ist, was die Fachbereichsleiter anbetrifft, zwar auf den Weg gebracht, aber noch nicht zur Gänze vollzogen worden. Durch das Heraufstufen von zwei Stellen von Entgeltgruppe 9 nach Entgeltgruppe 10 werden gleichsam vorauseilend Fakten geschaffen, ohne die Erfahrung bzw. den Gestaltungswillen der neuen Fachbereichsleiter in den Entscheidungsprozess einzubinden. Wir sind vielmehr der Auffassung, dass den neuen Fachbereichsleitern die Chance für eine personelle und funktionelle Beurteilung gegeben werden sollte.

2. Das neue Organigramm der Gemeindeverwaltung soll, wenn überhaupt, frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2011 umgesetzt werden. Erst danach wird sich die Sinnhaftigkeit und zutreffende Personalwahl der einzelnen Gestaltungsmaßnahmen herausstellen. Wir halten es deshalb für verfrüht, heute schon besoldungsmäßig die Bewährungsphase vorwegzunehmen.

3. In der Einwohnerversammlung zur Haushaltskonsolidierung ist mehrfach eine Verminderung der Personalausgaben gefordert worden. Nach Meinung der CDU ist es das falsche Signal, den Bürgerinnen und Bürgern drastische Steuererhöhungen aufzubürden und andererseits Konsolidierungsvorschläge der Bürger zu ignorieren. Angesichts einer Grundsteuererhöhung von 53 % ist eine Verschiebung von zwei Heraufstufungen ein eher bescheidener, aber durchaus leistbarer Konsolidierungsbeitrag.

Die CDU beantragt daher, die im Stellenplan vorgesehenen zwei Heraufstufungen von Entgeltgruppe 9 nach Entgeltgruppe 10 zu verschieben und den Stellenplan entsprechend abzuändern. Darüber hinaus stimmt sie dem Stellenplan zu.